



IG BAU: Mangel an Seniorenwohnungen

Gewerkschaft fordert ein Umdenken

In Duisburg könnte die Zahl der Menschen, die älter als 65 Jahre alt sind, bis zum Jahr 2035 auf 117.000 anwachsen. Ihr Anteil an der Bevölkerung läge dann bei 25 Prozent. Darauf hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hingewiesen und fordert deshalb mehr Anstrengungen, seniorengerechte Wohnungen zu schaffen.

Die Gewerkschaft beruft sich bei den Zahlen auf eine Demografie-Prognose des CIMA Instituts für Regionalwirtschaft. Bei Wohnungsplanungen müsse es in Anbetracht der Prognose zu einem Umdenken kommen: „Lift statt Treppe, breitere Türen für Rollator und Rollstuhl, barrierefreie Duschen – nur ein kleiner Teil der Wohnungen in der Stadt

ist für die rasant wachsende Generation Ü 65 geeignet. Das muss sich ändern“, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) biete mit ihrem Programm „Altersgerecht Umbauen“ zwar Zuschüsse und Kredite. Das Fördervolumen von 150 Millionen Euro in diesem Jahr reiche aber nicht aus, kritisiert die Gewerkschaft. Der Bund müsse die Förderung mindestens verdoppeln, um das Senioren-Wohnen voranzubringen. Danach sieht es derzeit allerdings nicht aus: Laut Haushaltsplan, so IG BAU, stehen für die altersgerechten Sanierungen im nächsten Jahr nur noch 130 Millionen Euro zur Verfügung.

WAZ DU

Siemens will in der Stadt über 300 Arbeitsplätze streichen

Stellen sollen bis 2025 wegfallen. Der Betriebsrat stellt sich auf „harte Verhandlungen“ ein

Bei Siemens Energy in Duisburg könnte bis 2025 jede fünfte der insgesamt 1960 Stellen gestrichen werden. „Der Vorstand möchte hier über 300 Arbeitsplätze abbauen“, berichtete am Mittwoch Nadine Florian, die langjährige Betriebsratsvorsitzende des Standortes an der Werthausener Straße in Hochfeld: „Wir stellen uns auf harte Verhandlungen ein.“

Am Dienstag hatte der Vorstands-

chef von Siemens Energy, Christian Bruch, angekündigt, in den nächsten fünf Jahren weltweit 7800 Stellen zu streichen, davon 3000 in Deutschland. Im Fokus steht dabei die Sparte Gas and Power, weil sich der Konzern vom Bau von Gas- und Dampfturbinen sowie Generatoren für konventionelle Kraftwerke verabschieden und sein Geschäft künftig auf erneuerbare Energien ausrichten will. Standortleiter Christof

Cichon informierte am Mittwoch die Mitarbeiter über die Konsequenzen des Sparprogramms für den Standort Hochfeld.

Notwendige Personalanpassungen

„Es war klar, dass es nicht spurlos an uns vorübergehen würde“, sagt die Betriebsratsvorsitzende Nadine Florian. Nach der Ausgliederung der Sparte aus dem Siemens-Mutterkonzern vor vier Monaten hatte

sich der Gesamtbetriebsrat von Siemens Energy in der vergangenen Woche mit dem Vorstand auf eine „Zukunftsvereinbarung“ zum Umbau des Unternehmens geeinigt. Diese sieht vor, „möglichst keine Standorte schließen zu müssen“ und „notwendige Personalanpassungen“ über freiwillige Maßnahmen zu ermöglichen.

Den Weg müssen Vorstand und Arbeitnehmer nun finden. „Wir wer-

den noch in dieser Woche im Gesamtbetriebsrat über unsere Vorstellungen sprechen“, sagt Nadine Florian. Für die Neuausrichtung des Hochfelder Werks sei sie zuversichtlich, sagte die Betriebsratsvorsitzende. Die Belegschaft in Hochfeld knüpfe Hoffnungen an den Anlagenbau zur Nutzung von Wasserstoff. „Darüber wollen wir mit der Stadtspitze und der Landesregierung sprechen“, so Florian. **mz**

WAZ DU

Siemens Energy streicht über 300 Stellen in Duisburg

7800 Arbeitsplätze will das Unternehmen weltweit abbauen. Einen beträchtlichen Teil davon in Duisburg, wie der Betriebsrat am Mittwoch bestätigte.

VON MARC LATSCH

Die Sorgen waren bereits am Dienstag in Duisburg groß gewesen. Siemens Energy hatte zu diesem Zeitpunkt angekündigt, 7800 der weltweit rund 90.000 Arbeitsplätze abzubauen, 3000 hiervon in Deutschland. Und zwar vor allem in der Sparte „Power and Gas“, zu dem auch das Werk in Duisburg-Hochfeld mit seinen rund 1900 Mitarbeitern gehört. Am Mittwoch kam die Gewissheit: Über 300 Stellen will das Unternehmen laut Betriebsrat vor Ort streichen. 360 bis 370 lägen als Zahl auf dem Tisch, bestätigte der Duisburger IG Metall-Chef Dieter Lieske gestern auf Anfrage unserer Redaktion.

„Das ist ein Schlag ins Kontor für die Belegschaft“, sagt Lieske. „Wir haben dafür kein Verständnis.“ Siemens habe als Konzern in den vergangenen Jahren Milliarden verschoben und heute währenddessen weiter Stellen ab. Das stehe in keinem Verhältnis zueinander. Der Betriebsrat befinde sich derzeit laut Lieske in einer „Non-Stop-Sitzung“, um die Auswirkungen zu beraten.

Martin Schriever sitzt als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender derzeit in diesen Dauersitzungen. „Wir waren gestern acht Stunden

mit dem Vorstand zusammen“, sagte er am Mittwoch. „Es ist unbegreiflich.“ Schriever ist seit 39 Jahren bei Siemens, der Stellenabbau ist in dieser Zeit für ihn trauriger Alltag geworden. „Wir sind schon sehr betroffen.“ Er sei zumindest froh, dass zuletzt noch ein Eckpunkte- und Zukunftspapier für die Zeit bis 2030 verabschiedet wurde, das den Standort sichern soll. Beim Stellenabbau gehe es jetzt darum, möglichst betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern. „Wir werden versuchen, Altterzeiltzeit anzuwenden“, sagt er.

„Das ist ein Schlag ins Kontor für die Belegschaft. Wir haben dafür kein Verständnis.“

Dieter Lieske
IG Metall-Chef Duisburg



Der Stellen-Abbau bei Siemens stößt bei den Betroffenen in Duisburg auf großes Unverständnis. FOTO: DPA

Nur mit dem Verhindern betriebsbedingter Kündigungen sei das Problem allerdings auch nicht gelöst, betont Lieske. „Die Arbeitsplätze fallen trotzdem weg“, sagt er. Gerade die Zukunftsaussichten für jüngere Beschäftigte würden dadurch immer schlechter. Wie die Reaktion der IG Metall ausfallen werde, sei derzeit noch unklar. „Die Gremien sind in Beratung“, sagt Lieske. In den kommenden Tagen wisse er mehr.

Siemens Energy wollte sich auf Anfrage unserer Redaktion am Dienstag nicht weiter zum geplanten Stellenabbau in Duisburg äußern. „Von unserer Seite wird da nichts weiter zu kommen“, teilte ein Sprecher des Unternehmens mit.

RP DU



Umweltfaktor Gebäude: Vermieter sollen stärker für Klimakosten aufkommen



(Foto: Holzjue / Pixabay)

Mit Blick auf neueste Zahlen der KfW-Bank, nach denen im vergangenen Jahr deutlich mehr Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor gefördert wurden, spricht sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) für eine gerechtere Kostenaufteilung zwischen Vermietern, Mietern und Staat aus.

"Es ist gut, dass der klimagerechte Neu- und Umbau von Gebäuden im vergangenen Jahr mit einer Rekordsumme gefördert wurde. Klimaschutz darf aber nicht gegen Mieterschutz ausgespielt werden. Wer sich als Vermieter die Sanierung des Dachs oder den Einbau neuer Fenster vom Staat bezuschussen lässt, muss zwar den Fördervorteil von der Umlage abziehen. Es kann aber nicht sein, dass mehrere Generationen von Mietern die Mieterhöhung zahlen müssen", so IG BAU-Chef Robert Feiger.

Der Kampf gegen den Klimawandel sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mieterinnen und Mieter hätten in den letzten Jahren teils exorbitante Mieterhöhungen hinnehmen müssen. Die Corona-Pandemie verschärfe ihre Lage zusätzlich – etwa durch Einkommenseinbußen in der Kurzarbeit –, während die Mieten auch 2020 weiter angezogen seien.

Die IG BAU plädiert dafür, die Modernisierungsumlage zu befristen und von aktuell acht Prozent deutlich abzusenken. "Eine Deckelung der Umlage bei vier Prozent würde viele Haushalte, die einen Großteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben, spürbar entlasten. Das wäre auch für Vermieter tragbar. Schließlich werten Investitionen in den Klimaschutz eine Wohnung für Jahrzehnte auf", so Feiger. Der Gewerkschafter spricht sich zudem dafür aus, dass der in diesem Jahr eingeführte CO₂-Preis beim Heizen mit Öl oder Gas von den



Eigentümern getragen wird. Es sei nicht fair, die Mehrkosten beim Klimaschutz einseitig der Mieterseite aufzubürden, so Feiger mit Blick auf entsprechende Forderungen der Union. Mieter hätten keinen Einfluss darauf, ob sie in unsanierten Gebäuden mit veralteten Heizungen wohnten.

Nach Angaben der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) flossen im vergangenen Jahr Fördermittel in Höhe von knapp 27 Milliarden Euro für die Energiewende im Gebäudesektor. Die Bank bezuschusste den energieeffizienten Neubau und Sanierungsmaßnahmen bei bundesweit 687 000 Wohnungen. Im Vorjahr waren lediglich 426 000 Wohnungen mit elf Milliarden Euro gefördert worden. Feiger: "Die Zahlen zeigen, dass die Energiewende im Gebäudebereich endlich Fahrt aufnimmt. Jetzt geht es darum, den Klimaschutz fair und sozial zu organisieren."

Lokalkompass.de

Eltern empört über Karnevals-Ferien

NRW-Schulen haben rund um Rosenmontag freie Hand

Von Tobias Blasius
und Matthias Korfmann

Düsseldorf. Trotz des wochenlangen Wegfalls von Präsenzunterricht für rund 2,5 Millionen Kinder in NRW soll an den obligatorischen Karnevalsferien an vielen Schulen offenbar nicht gerüttelt werden.

„Eine Streichung von beweglichen Ferientagen im Jahr 2021 in der Karnevalszeit, die an den einzelnen Schulen bereits festgelegt wurden, ist nicht vorgesehen“, zitierte das „Westfalen-Blatt“ am Mittwoch aus einem Schreiben von Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP). Es sei zwar denkbar, dass bewegliche Ferientage durch die jeweilige Schulkonferenz mit dem Schulträger vor Ort neu festgesetzt würden. Ein landesweites Nein zum kompletten Aussetzen von Präsenz- und

Digitalunterricht an den närrischen Tagen ist aber nicht geplant. Das bekräftigte das Ministerium gegenüber der WAZ.

Gebauer hatte im Dezember beim vorgezogenen Start in die Weihnachtsferien Sympathien für die Idee gezeigt, als Ersatz an den Karnevalstagen 2021 Unterricht anzubieten. Zumal es keine Veranstaltungen und Umzüge geben wird. Doch in die Hoheit der Schulen über die Terminierung ihrer beweglichen Ferientage will Düsseldorf trotz des unerwartet langen Lockdowns augenscheinlich nicht eingreifen.

Dies sorgt bei Elternverbänden für Ärger. Der Unmut in den Familien sei verständlich, viele Eltern hätten schon jetzt für die schulische Betreuung ihrer Kinder daheim einen Großteil ihres Jahresurlaubs

aufgebraucht, sagte die Vorsitzende der Landeselternkonferenz, Anke Schaar. Der Rosenmontag fällt auf den 15. Februar – ausgerechnet der erste Werktag nach der von Bund und Ländern gesetzten Frist für den aktuellen Lockdown.

Kritik üben Eltern insgesamt an der Tatsache, dass das Land trotz des massiven Unterrichtsausfalls überhaupt an insgesamt vier beweglichen Feiertagen für Schulen festhalten möchte. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) findet die Haltung der Landesregierung aber richtig. „Man sollte nicht an den beweglichen Ferientagen rütteln“, sagte ein GEW-Sprecher. Lehrer und Schüler hätten unter schwierigen Bedingungen sehr viel leisten müssen und Pausen verdient. Es falle derzeit auch kein Unterricht aus. *Kommentar Seite 1*